

**Wer wählen geht, entscheidet –  
für gute Arbeit, gute Bildung und  
ein gutes Leben in NRW**

**Wahlaufruf des DGB NRW zu den Landtagswahlen in NRW 2010**

## **Wer wählen geht, entscheidet – für gute Arbeit, gute Bildung und ein gutes Leben in NRW**

Bei der Landtagswahl am 9. Mai 2010 sind alle Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen aufgefordert, den neuen Landtag zu wählen. Damit entscheiden wir darüber, wie die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer künftig in NRW berücksichtigt werden. Deshalb mischt sich der DGB NRW mit seinen Ansprüchen an eine arbeitnehmerorientierte Politik in den Wahlkampf ein.

Die Gewerkschaften in NRW halten eine grundlegende Änderung der Politik in NRW für dringend erforderlich:

- NRW braucht eine Wirtschaftspolitik, die die industriellen Potenziale und Beschäftigung in zukunftsträchtigen Branchen in NRW gezielt fördert, statt die wirtschaftliche Entwicklung allein dem Markt zu überantworten.
- NRW muss viel mehr tun, damit diejenigen, die ihren Job verloren haben, gefördert werden und wieder eine Chance auf einen guten Arbeitsplatz bekommen.
- Vollständig versagt hat die Landesregierung in der Bildungspolitik. Unsere Kinder haben Anspruch auf beste Bildungsmöglichkeiten, um ihr Leben erfolgreich gestalten zu können. Hierfür muss jedoch das gegliederte Schulsystem zugunsten von längerem gemeinsamen Lernen überwunden und erheblich mehr Geld in den Bildungsbetrieb investiert werden.
- Die Landesregierung darf sich nicht aus der Verantwortung für die prekäre Finanzsituation in den Städten und Gemeinden in NRW herausstellen. Die Kommunen müssen finanziell entlastet werden, um wieder im Interesse der Bürgerinnen und Bürger handlungsfähig zu werden.
- Öffentliche Dienstleistungen wurden in den letzten Jahren gekürzt und privatisiert. Die Politik von „privat vor Staat“ muss gestoppt werden, denn nur durch einen starken öffentlichen Dienst kann Daseinsvorsorge, Sicherheit und Lebensqualität sichergestellt werden.
- Sicherung und Ausbau der betrieblichen und Unternehmensmitbestimmung ist unverzichtbar für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in NRW. Die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst muss im vollen Umfang wieder hergestellt werden.

Die Landtagswahl hat über den Bundesrat auch eine große bundespolitische Bedeutung. So gilt es zu entscheiden, ob aus NRW die Politik der schwarz-gelben Bundesregierung bestätigt wird oder aber korrigiert werden kann. Der DGB NRW hält eine Korrektur der sozial zutiefst ungerechten Vorhaben zur Steuerpolitik oder im Gesundheitswesen auf Bundesebene für dringend erforderlich. So soll die künftige Landesregierung von NRW sich in Berlin für soziale Gerechtigkeit und die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stark machen.

Das Misstrauen vieler Bürgerinnen und Bürger gegenüber den Versprechungen der Parteien im Wahlkampf ist groß. Doch daraus den Schluss zu ziehen, gar nicht zu wählen, ist falsch. Denn es gilt, wichtige Entscheidungen über die Zukunft in NRW und in Deutschland zu treffen. Wer wählt, entscheidet mit. Wer bei den Wahlen fernbleibt, überlässt die Zukunft in NRW jedoch allein anderen.

Der DGB fordert deshalb alle Bürgerinnen und Bürger auf, am 9. Mai wählen zu gehen. Wir haben die Wahl: für gute Arbeit, gute Bildung und ein gutes Leben in NRW.

## **Nachhaltige Wirtschafts- und Industriepolitik**

Nordrhein-Westfalen ist ein modernes Industrieland. Hier gibt es viele vor allem mittelständische Unternehmen, die auf den internationalen Märkten erfolgreich sind und ihre Produkte weltweit verkaufen. Doch damit ist die Wirtschaft in NRW auch besonders von der Krise betroffen. Im verarbeitenden Gewerbe, beim Maschinenbau oder in der Fahrzeugherstellung sind die Aufträge massiv eingebrochen. Und die Krise ist noch lange nicht vorbei. Zwar ist der steile Abschwung abgefangen worden, doch das notwendige Wachstum um Arbeitsplätze zu sichern, ist noch nicht in Sicht.

Notwendig sind kräftige und mutige Impulse für qualitatives Wachstum. Willkürliche Steuererleichterungen für wenige bringen dabei kaum etwas. Die Wirtschaft braucht vor allem neue Aufträge und Anreize, wieder in neue Anlagen, Produkte und Arbeitsplätze zu investieren. Mit einem eigenen, speziell auf die Bedingungen in NRW zugeschnittenen Investitionsprogramm können Unternehmen und Beschäftigten in Industrie und Dienstleistung eine Perspektive eröffnet werden. Dabei müssen die strategisch wichtigen Wirtschaftsbereiche gezielt gefördert, strukturschwache Regionen unterstützt und eine konsequente ökologische Ausrichtung der Wirtschaft gewährleistet werden.

Die Landesregierung in NRW muss wieder Verantwortung für eine zukunftsgerichtete wirtschaftliche Entwicklung, die Arbeitsplätze nachhaltig sichert und schafft, übernehmen. Kernpunkte für den DGB NRW zur Stärkung zukunftsfähiger Beschäftigung dabei sind:

- Eine zielgerichtete Stärkung der für die Beschäftigung der Zukunft bedeutsamen Wertschöpfungsbereiche
- Förderung strukturschwacher und vom Strukturwandel benachteiligter Regionen,
- Sicherstellung von industriellen Großprojekten und von industrieller Infrastruktur,
- Revision des Kohleausstiegsbeschlusses und Beibehaltung von Steinkohleförderung, auch als Referenz für die Bergbauindustrie und ihre Zulieferer,
- konsequente Umsetzung der Klimaschutzstrategie und des Kraftwerkerneuerungsprogramms,
- ein landesweites, langfristiges Programm zur energetischen Gebäudesanierung als Einstieg in eine „grüne industrielle Revolution“ in NRW.

## **Gute Arbeit**

Es waren vor allem Gewerkschaften und Betriebsräte, die dafür gesorgt haben, dass in den Unternehmen insbesondere die neuen Regelungen für Kurzarbeit genutzt wurden. So konnten in der Krise Entlassungen vermieden und stattdessen die Arbeitszeit der gesunkenen Nachfrage angepasst werden. Diese Anstrengungen müssen von der Politik unterstützt und gestärkt werden. Auch auf der Landesebene kann und muss mehr gemacht werden, um Arbeitslosigkeit zu

verhindern. Ebenso gilt es, diejenigen, die ihren Job verloren haben, viel stärker zu fördern, um ihnen die Chance zu bieten, möglichst schnell einen neuen Arbeitsplatz zu finden.

Denn Arbeitslosigkeit ist das größte Armutsrisiko. Von den registrierten Arbeitslosen sucht mittlerweile jeder Dritte schon länger als ein Jahr einen Arbeitsplatz. Doch auch wer einen Arbeitsplatz hat, ist damit nicht automatisch vor Armut gefeit. So arbeitet jeder vierte Beschäftigte im Niedriglohnbereich bei gleichzeitig schlechten Arbeitsbedingungen. Viele Beschäftigte erhalten als sogenannte Aufstocker zusätzliche Unterstützung über Hartz IV, um den Lebensunterhalt für sich und die Familie bestreiten zu können.

Der DGB NRW erwartet von der neuen Landesregierung, dass NRW endlich eigene Maßnahmen ergreift, um Beschäftigung nachhaltig zu stärken und Arbeitslosigkeit sozial abzufedern:

- Ausbau und Förderung von Transfer- und Beschäftigungsgesellschaften insbesondere auch für kleinere Betriebe,
- Stärkung der Mitbestimmung durch Beratung und Qualifizierung von betrieblichen Interessenvertretungen und Gewerkschaften,
- Ausbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors für soziale Dienstleistungen,
- Ausbau von gezielten Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitsuchende,
- Verhinderung von Dumpinglöhnen durch einen gesetzlichen Mindestlohn und tariflich ausgehandelte Entlohnungen, die für allgemeinverbindlich erklärt werden,
- Einführung eines Tariftreuegesetzes, mit dem Dumpinglöhne und schlechte Arbeitsbedingungen bei öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen werden.

## **Bildung**

Gute Bildung ist das Versprechen für eine bessere Zukunft – für jeden Einzelnen, für die Gesellschaft und für die Wirtschaft. Doch gerade der Bildungsbereich ist das Stiefkind der Landespolitik: Die Strukturen sind überholt und es wird viel zu wenig in Bildung investiert. Die Kapazitäten in den Kitas bis hin zu den Hochschulen reichen nicht aus, und gleichzeitig sind die Bildungschancen höchst ungerecht verteilt. Statt allen Kindern beste Bedingungen für einen guten Schulabschluss zu bieten, ist es vor allem der Geldbeutel der Eltern - von Kita-Gebühren über den Nachhilfeunterricht bis hin zu den Studiengebühren -, der über den Schulerfolg entscheidet.

Auch am Arbeitsmarkt sinken die Chancen der Jugendlichen auf eine gute Ausbildung. Es fehlen betriebliche Ausbildungsplätze, 15% der Schülerinnen und Schüler eines Jahrgangs bleiben unversorgt. Statt wie bisher die Situation am Ausbildungsmarkt zu verharmlosen und die Jugendlichen in so genannten Warteschleifen zu parken, erwarten wir von der Landesregierung, dass sie allen jungen Leuten einen Ausbildungsplatz garantiert.

Bildungspolitik ist Ländersache. Deshalb fordert der DGB NRW von der zukünftigen Landesregierung, dass sie in Bildungspolitik umsteuert und mehr investiert, um unseren Kindern eine bessere Bildung zu ermöglichen.

- Überwindung des überholten gegliederten Schulsystems durch Schulstrukturen für längeres gemeinsames Lernen,
- Gebührenfreie Bildung von der Kita bis zum Hochschulstudium,
- Erhöhung der Investitionen in das Bildungssystem (auf 10% des Bruttoinlandsprodukts) für bessere materielle und personelle Ausstattung,
- Sonderprogramm Ausbildung NRW für jährlich mindestens 3000 zusätzliche Ausbildungsplätze,
- Verbesserung der Qualität von Bildung, insbesondere in den Berufskollegs.

## **Kommunal финанzen**

Wirtschaftliches Wachstum, sozialer Zusammenhalt und Lebensqualität hängen entscheidend von Kommunen ab. Doch den Städten und Gemeinden in NRW geht es schlecht. Viele Kommunen sind hoch verschuldet und können sich aus eigener Kraft nicht aus ihrer prekären Lage befreien. Denn die von den Kommunen zu zahlenden Sozialleistungen - von der Eingliederungsbeihilfe für Behinderte bis zur Grundsicherung für Menschen mit niedrigen Renten im Alter – sind in den letzten Jahren erheblich gestiegen, ohne dass es hierfür eine Kompensation seitens des Landes oder des Bundes gegeben hat.

Wenn unsere Städte und Gemeinden pleite sind, hat dies verheerende Folgen für die Wirtschaft und Gesellschaft. 60% aller öffentlichen Investitionen werden von den Kommunen getätigt werden. Diese Investitionen brauchen wir, um die Wirtschaft in der Krise zu stärken und Arbeitsplätze in NRW zu erhalten. Wirtschaftliches Wachstum wird es ohne die Leistungen der Kommunen nicht geben können. Auch die Kultur in NRW ruht mit knapp 80% der öffentlichen Ausgaben für Museen, Theater und andere Einrichtungen fast ausschließlich auf den Schultern der Städte und Gemeinden.

So wie zu Beginn der Krise die Politik zur Rettung der Banken eingesprungen ist, muss nun nach Ansicht des DGB NRW von der Landesregierung ein Rettungsschirm für die Kommunen aufgespannt werden, damit die Städte und Gemeinden wieder handlungsfähig werden.

- Die Kommunen müssen als erstes - zumindest für eine befristete Zeit - von den drückenden Schulden und daraus resultierenden Zinslasten befreit werden.
- Eine Entschuldungsstrategie muss mit den Kommunen erarbeitet werden.
- Verschuldete Kommunen müssen von den Zahlungen für den Solidarpakt Ost entlastet werden. Hierfür muss die Landesregierung auf Bundesebene aktiv werden
- Eine neue Verteilung der Lasten zwischen Bundes- und Länderebene und den Kommunen ist erforderlich.
- Durch eine erweiterte Gewerbesteuer, die auch von den freien Berufen - wie Ärzte, Anwälte, Unternehmensberater etc. - gezahlt werden muss, kann die Investitionsfähigkeit der Kommunen gestärkt werden.

## **Öffentliche Daseinsvorsorge und Zukunft des öffentlichen Dienstes**

Unter der Doktrin „privat vor Staat“ wurden unter der CDU-/FDP-Landesregierung wichtige öffentliche Aufgaben dem privaten Markt übereignet, so etwa durch die

Änderung der Gemeindeverordnung oder den Verkauf der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft. Nicht zuletzt an den jüngsten Skandalen um große Bauprojekte aber zeigt sich, dass wichtige Aufgaben der Aufsicht und Daseinsvorsorge weiterhin in öffentlicher Hand und unter öffentlicher Kontrolle bleiben müssen.

Nicht allein Kostenrelationen, sondern in hohem Maße auch qualitative Kriterien wie Qualität der Umwelt, Bildungs- und Kulturangebote, Gesundheitsversorgung oder innere Sicherheit entscheiden mit über Zukunftsinvestitionen und Beschäftigung. Damit ist der öffentliche Dienst auch ein Wettbewerbsfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung in NRW. Statt den öffentlichen Dienst weiter auszubluten ist es deshalb wichtig, in den öffentlichen Dienst endlich wieder stärker zu investieren. Behörden und Dienststellen müssen materiell und personell gestärkt und die Arbeitsbedingungen verbessert werden

Die Bürgerinnen und Bürger von NRW haben Anspruch auf einen leistungsstarken öffentlichen Dienst, der soziale Dienstleistungen und Infrastrukturen für das öffentliche Wohl zur Verfügung stellt. Deshalb fordert der DGB von der zukünftigen Landesregierung:

- Stopp der weiteren Privatisierung öffentlicher Aufgaben und Ausbau der Handlungsmöglichkeiten kommunaler Unternehmen,
- Sicherstellung der öffentlichen Infrastruktur und Dienstleistungen für eine umfassende Daseinsvorsorge,
- Sicherstellung der Mobilität durch den öffentlichen Fern- und Nahverkehr,
- Materielle und personelle Investitionen in den öffentlichen Dienst und Förderung von Ausbildung im öffentlichen Dienst,
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst durch eine Dienstrechtsreform.

## **Stärkung der Mitbestimmung**

Nordrhein-Westfalen ist das Land der Wiege der Mitbestimmung. Nur so können Arbeitnehmerrechte durchgesetzt und die Interessen der Beschäftigten auf betrieblicher Ebene und in Unternehmen vertreten werden. In Betrieben mit starken Betriebsräten aus den DGB-Gewerkschaften sind die Arbeitsbedingungen und Einkommen der Beschäftigten besser als in Betrieben ohne betriebliche Interessenvertretungen. Starke Gewerkschaften sorgen für gute Tarifvereinbarungen. In der Finanz- und Wirtschaftskrise sind es Betriebsräte und Gewerkschaften, die Regelungen zur Sicherung von Arbeitsplätzen gestalten und realisieren.

Gleichzeitig gilt auch: Mitbestimmung ist elementare Voraussetzung für Innovationen. Veränderungen der Arbeits- und Organisationsstrukturen gehören zum Alltag der Beschäftigten in den Betrieben und im öffentlichen Dienst. Sie können jedoch nur erfolgreich umgesetzt werden, wenn die Beschäftigten und ihre Interessenvertretungen daran beteiligt werden. Die Sicherung und der Ausbau der Mitbestimmung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei der strategischen Orientierung eines Unternehmens und bei der Gestaltung von Produkten und betrieblichen Prozessen ist daher auch ein wichtiger Wachstumsfaktor.

Dies gilt auch für den öffentlichen Dienst. Doch hier hat die Landesregierung vor drei Jahren die Axt angesetzt und durch eine Änderung des

Landespersonalvertretungsgesetzes die Rechte der Beschäftigten im Landesdienst erheblich beschnitten. Dies muss rückgängig gemacht werden.

- Wiederherstellung der vollen Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten durch ein modernes Landespersonalvertretungsrecht,
- Stärkung der Unternehmensmitbestimmung bei Standortverlagerungen, Sicherstellung der externen gewerkschaftlichen Besetzung von Aufsichtsräten (Rücknahme des entsprechenden Passus im NRW-Bank-Gesetzes),
- Stärkung der Rechte der Betriebs- und Personalräte zur Verhinderung des Missbrauchs von Leiharbeit,
- Ausbau und finanzielle Förderung von Beratungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten für betriebliche Interessenvertretungen,
- Stärkung der Arbeitswissenschaften und weiterer wissenschaftlicher Kapazitäten zur Weiterentwicklung von Mitbestimmung und Innovation